

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Königsplatz 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verleger: Amt Moritzplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Flußbetriebe sein!

Bezugspreis: monatlich durch die Post G.-S. 0,65 mal
Schlüsselzahl des Verbandsvereins deutscher Buchhändler.
(Bezugspreis wird den Mitgliedern bei der Beitrags-
zahlung in Anrechnung gebracht.)

Eine Warnung und Mahnung.

Die katastrophale Zusammenbruch der deutschen Währung hat zu entsetzlichen Folgen geführt, die in erster Linie von der arbeitenden Klasse getragen werden. Allein in Berlin sind über 150 (14) Arbeitslose, dazu ungezählte Tausende von anderen Orten. Vornehmlich sieht es gegenwärtig in den meisten Großstädten Deutschlands aus. Aber selbst die Arbeitenden haben keine Mittel zum Hungern zu stillen, denn in der verflochtenen Woche bedürfen sie selbst für den qualifizierten Arbeiter durchweg bis 4 Milliarden Mark. Dabei sind vielfach die Preise für Lebensmittel und Nahrungsmittel über den Weltmarktpreis hinaus gestiegen dank einer rücksichtslosen Profitwirtschaft seitens der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft. Es ist daher zu erwarten, daß der deutsche Arbeiter mit seinem Lohn und seiner Arbeit jetzt tatsächlich unter dem chinesischen Kuli steht.

Die Arbeiterkollegen fragen uns mit Recht, wie sie es ermöglichen sollen, den Diktator zu erhalten, wir fortwährend Briefe und Anfragen, die von den Arbeiterorganisationen zu tun geben, um diesem fürchterlichen Schicksal Einhalt zu tun. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist immer stärker der pessimistische Gedanke breit: „Lieber ein wenig Hunger, als diese Schrecken ohne Ende!“

Wir haben zahlreiche Entlassungen in den Gemeinden und Staatsbetrieben und ebenso zahlreiche Kurzarbeiter festgestellt. Selbst die sozialen Leistungen, die zeitweilig bei den Lohnempfängern auf Seiten der Unternehmer eine große Rolle spielten, sind durch die Geldentwertung zusammengeschrumpft.

„Was sollen wir tun?“ fragen alle mit Recht, und es ist ihnen, daß sie eine Antwort haben wollen.

Die Arbeiterkollegen haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die Freiheit und der Zwangswirtschaft notwendig die Freiheit in begrenzter Ausbeutung führen würde. Das ist das seit Jahren in Deutsch- und der Fall ist. Alle Versuche, die sogenannte Volkswirtschaftler und Industriekapitane, sie als „soziale“ wieder die Wirtschaft in Ordnung bringen, scheitern durch die Tatsachen. Vor allem sind es die Nachwehen des Inflationssystems, das wir jetzt erst voll zu schmecken bekommen. Die ungedeckte Finanzierung des Ruhrkampfes hat die Inflation im Besonderen geholt und damit ein Herabgleiten der Währung ins Bodenlose. Niemand aber (außer vielleicht ein Teil des Kleinbürgertums, der geistigen Arbeiter, der „unzureichenden Arbeitszeit“ zuschreiben, haben sich als „unzureichenden Arbeitszeit“ zuschreiben, haben sich planmäßig bereichert und einen marxistischen Inflationssproß herbeigeführt, wie er in keinem anderen Programm der Sozialisten zu finden ist. Welche Kreise sich planmäßig bereichert und einen marxistischen Inflationssproß herbeigeführt, wie er in keinem anderen Programm der Sozialisten zu finden ist. Welche Kreise sich planmäßig bereichert und einen marxistischen Inflationssproß herbeigeführt, wie er in keinem anderen Programm der Sozialisten zu finden ist.

gezogen wird von den Grobherren der Industrie und die trotzdem in den Chorus gegen die Arbeiterschaft eingestimmt haben. Die Organisationen der Arbeiter sind innerlich wie äußerlich in erheblichem Maße durch die Geldentwertung gefährdet, und der Opferwille der Kollegenschaft hat sich nicht überall so stark erwiesen, um die Organisation voll auf der Höhe zu halten. Die Presse in fast allen deutschen Gewerkschaften wurde erheblich eingeschränkt und damit die Kampfeskraft der Arbeiterschaft gelähmt. Die Verzögerung der Lohnauszahlungen, Kurzarbeit und Entlassungen waren die Waffen des Unternehmertums, denen die Arbeiterschaft nicht immer gleichwertige entgegenstellen konnte. So sind wir von Niederlage zu Niederlage geschritten und es ist wahrlich höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft alle Anstrengungen macht, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten.

Und gibt es wohl in dieser Zeit der Not und Arbeitslosigkeit etwas Frivoleres als den Ruf nach Verlängerung der Arbeitszeit, der jetzt auf der ganzen Linie von den Kapitalisten ertönt? Während früher die Produktion und der Handel sowie die Landwirtschaft gezwungen waren, insofern der Auslandskonkurrenz möglichst genau zu kalkulieren und den Verdienst nach Goldpennigen zu berechnen, haben sich jetzt diese Klassen seit Monaten daran gewöhnt, ihre Verdienste und Prozente nach Goldmark zu berechnen, während man den Arbeitern den „wertbeständigen Lohn“ erst zugestand, als diese Wertbeständigkeit überhaupt nicht mehr möglich war, da das Ende der Woche einen ganz anderen, oftmals verzehnfachten Teuerungsfaktor aufwies als der Anfang der Woche. Es ist weiter dahingekommen, daß die planmäßige Steuerfabrikation des Unternehmertums sie veranlaßt hat, beim festesten Zugreifen durch die Gesetzgebung nun aus Furcht vor einem „Eingriff in die Substanz“ dazu überzugehen, Massenarbeitsentlassungen vorzunehmen. Das Unternehmertum hat sich zum großen Teil daran gewöhnt, anstatt zu rechnen und die Produktion ökonomisch zu gestalten, zu spekulieren und damit die größten Gewinne einzubeimsen.

Wahrlich, wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung keinelei moralische Existenzberechtigung hat, so ist dieser in den letzten Monaten voll erbracht worden. Alles geht dem Zusammenbruch entgegen, außer den Industriegewaltigen, den Großbauern, dem Großhandel und den Banken.

Die Regierung hat sich nun nach langem unverantwortlichen Zögern entschlossen, eine neue Währung herauszubringen, die sie „Rentenmark“ nennt. Daran sind wiederum Handel, Banken und Landwirtschaft interessiert, die mit 6 Proz. Goldzinsen ihre eingezahlten Werte decken können. Ob aber diese neue Rentenmarkwährung Bestand hat, bleibt noch abzuwarten. Die Gewerkschaften haben auch hier frühzeitig die Forderung nach einer Goldwährung erhoben und sind noch heute überzeugt, daß dies der einfachere und natürlichere Weg zur Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft wäre. Aber die Interessenpolitik scheint nun einmal in Deutschland Trumpf zu sein, und die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft in verschiedene politische Lager hat es mit sich gebracht, die nicht zuletzt aus dem Kampf der Bruderparteien sich die Macht und Kraftverhältnisse der Unternehmerrgruppen zu deren Gunsten gewaltig verschoben haben.

Gewiß ist es keine Frage, daß unsere deutsche Volkswirtschaft gegenwärtig schwer leidet an sogenannten Leerläufen, daß wir in Reich, Staat und Gemeinde nicht nur, sondern auch im Industrie-

merken, daß auch ihnen das Fell über die Ohren

und im Bankwesen furchtbar viel fleißige Arbeitskräfte für rein unproduktive Zwecke verwenden. Allein Steuer, Geldzahlung und Markenstempelung erfordern ungeheure Arbeitskräfte. Der Ausbau der Wirtschaft auf planmäßiger Grundlage ist all die Jahre hindurch vergeblich von den Gewerkschaften gefordert worden. Nun, da das Ganze zusammenzubrechen droht, möchte man die Arbeiter dafür verantwortlich machen.

Wir erheben die Warnung an die Besitzenden Klassen! Wir wissen sehr wohl, daß es im gegenwärtigen Augenblick sehr schwer ist, eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft herbeizuführen, aber die Versuche, mittels des Belagerungszustandes die deutsche Arbeiterschaft zu knebeln und durch Gesetz eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen, muß notwendigerweise dazu führen, daß die organisierten Arbeiter alles daran zu setzen haben, um sich von diesem Alp zu befreien. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn deshalb bei weiten Kreisen der Arbeiterschaft der Gedanke aufsteht: zum Teufel mit dieser Gesellschaft, man soll alles in Trümmer schlagen und das Ganze neu aufbauen. Es ist noch weniger verwunderlich, wenn wir in diesen Tagen fast überall von Verzweiflungsausbrüchen der Massen hören, von Blünderungen usw.

Die organisierten Arbeiter wissen sehr wohl, daß dieser Weg nicht zur Gesundung der Volkswirtschaft führen kann und für die Allgemeinheit auch keine Lösung bedeutet, aber man soll helmes Worte nicht vergessen: „Im hungigen Magen nur Eingang finden Suppenlogit mit Knödelgründen!“

Nie ist der Arbeiterschaft eine frivole Herausforderung zugemutet worden als der jetzige Angriff auf den Achtstundentag, und wie uns bekannt ist, soll auch bei den Beamten in ähnlicher Weise wie bei den Arbeitern vorgegangen werden. Wir erwarten deshalb eine geschlossene Front und warnen erneut die Besitzenden, den Bogen weiter so straff zu spannen.

Auf der anderen Seite müssen wir unsere Kollegen ermahnen, dafür zu sorgen, daß unsere Organisation schlagkräftig erhalten bleibt. Nur starker Opfermut kann die schweren Abwehrkämpfe, die uns bevorstehen, zum Gelingen bringen. Es gibt gar keinen größeren Irrtum, als wenn man annimmt, man braucht nur ein paar Tage Generalstreik zu führen und unsere Not ist damit zu Ende. Wir müssen uns vorbereiten auf einen zähen planmäßigen Kampf der Arbeiterorganisationen gegenüber dem Unternehmertum.

Wir fordern, daß die Besitzenden endlich herangezogen werden zu der Steuer nach dem Goldwert.

Wir fordern die Erfassung der Sachwerte, damit die deutsche Wirtschaft wieder gefunden kann.

Wir fordern eine Goldwährung, die sich nicht aufbaut, wie das bei der jetzigen Rentenmarktwährung der Fall ist, auf die privaten Kräfte des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft (die doch nur daran verdienen wollen), sondern wir fordern, daß eine Goldwährung vom Staat festgelegt wird.

Wir fordern von der Regierung, daß die Rotenpresse endlich stillgelegt wird, wie wir das seit Monaten gefordert haben.

Vor allen Dingen fordern wir, daß man hineinleuchtet in die Kartelle und Trusts, die mit ihren Monopolpreisen ein schweres Verbrechen am deutschen Volkleben begangen haben und es dahin brachten, daß wir die Weltmarktpreise zum Teil überschritten, trotz der geringen Löhne.

Wir weisen die Versuche zurück, die Rechte der Arbeiterschaft, die sie sich in den letzten Jahren mühsam errungen haben, zum Abbau zu bringen. Wir lassen uns weder den Achtstundentag rauben, noch schweigen wir zu dem völligen Ausschalten der Betriebsräte, wie es jetzt versucht wird. Die Unternehmer haben sich als ganz unfähige Führer der Wirtschaft bewiesen. Wir wollen weder Militär- noch Unternehmerdiktatur.

Im „Mitteilungsblatt“ Nr. 13 brachten wir bereits die Entschliebung der Spitzenverbände vom 17. Oktober 1923. Ihr Inhalt ist folgender:

Die Gewerkschaften verlassen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Dem Recht als härtestes Hindernis vielmehr der Existenz des Unternehmertums entgegen, der sich auch nicht in maßlosen Preisausbreitungen und einer schamlosen Preisbilligkeit. Zwar versuchen die Unternehmer, die eigene Schuld und Unfähigkeit an der Führung der Wirtschaft zu verdecken hinter dem Angriff auf die Arbeiterschaft und den Achtstundentag. Hiergegen setzt die gewerkschaftliche Arbeiterschaft den entschlossensten Widerstand. Sie will, daß in einer vernünftigen, planmäßigen Ordnung der Wirtschaft ausreichende Produktion im Rahmen des Achtstundentages sehr wohl möglich ist. Soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Ueberzettelarbeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften stets bereit gewesen, tarifvertragliche Vereinbarun-

gen hierüber zu treffen. Alle Mittel der Staatsgewalt müssen werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Steuern leidet. Darum: Erfassung der Ernte, stärkste Strafen für Zurückhaltung Rücker. Die Gewerkschaften fordern ein Kreditabkommen zur Vermeidung von Winterverdrälen (Kartoffeln, Roggen usw.) mit sozialistischen, gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft eracht die Notwendigkeit, Einheitslichkeit und Disziplin. Der Generalangriff auf die Arbeiterschaft kann nur durch die geschlossene Front abgewehrt werden. Ein von den 3 Spitzenverbänden eingesetzter Ausschuss übernimmt die Führung dieses Abwehrkampfes.

Wir erwarten von unserer Kollegenchaft, daß sie sich und Giebel stellt, die Maßnahmen der gewerkschaftlichen Organisation unterführt und alles daran setzt, unsere Organisation stark und zu erhalten, um den Kampf auf der ganzen Linie aufzu Staat und Gemeinden sind mehr denn je mit den gesamten und Wirtschaftszuständen verknüpft, daher wirkt sich auch das ganze soziale Elend in härtestem Maße aus. Dagegen kämpfen, ist die Pflicht der Organisation, und wir erwarten unsere Mitglieder, daß sie sich opferwillig dazu zu ersten zeigen, um den Abwehrkampf der Arbeiterschaft vollen Erfolg zu führen.

Unser Mitgliederstand am 1. Oktober 1923

No. Nr.	Ort	Mitglieder am 1. Sept. 1923		Zahl der Mitglieder am 1. Oktober 1923		± Abnahme
		allgemein	weiblich	allgemein	zusammen	
1	Mugsburg	2429	2137	278	2410	+ 19
2	Baden-Rheinpfalz	15452	13122	2317	15439	+ 13
3	Berlin	38793	39083	8400	39093	+ 238
4	Brandenburg	5138	4137	933	5070	+ 68
5	Bremen	7761	7072	718	7783	+ 24
6	Breslau	12365	9355	3033	12388	+ 23
7	Beg. Oberschlesien	1185	985	239	1203	+ 18
8	Dortmund	7479	5948	1493	7411	+ 38
9	Dresden	11191	8498	2586	11254	+ 63
10	Düsseldorf	10934	9145	1781	10926	+ 8
11	Erlurt	6422	5180	1202	6382	+ 40
12	Frankfurt a. M.	14630	11958	2634	14590	+ 60
13	Frankfurt a. d. O.	2123	1801	217	2118	+ 5
14	Hamburg	24168	19257	4911	24168	+ 8
15	Hannover	8088	6701	1379	8080	+ 1
16	Hiel	3968	3115	712	3927	+ 141
17	Rhein-Wonn.	11500	10254	1248	11502	+ 2
18	Rönigsberg i. Pr.	11381	9613	1864	11477	+ 146
19	Leipzig	6890	4729	2128	6857	+ 33
20	Lübeck	4929	3785	1227	5012	+ 83
21	Mainz	6471	5329	1098	6427	+ 44
22	Mitteldeutschland	13119	10875	2231	13456	+ 337
23	München	9485	6664	2283	8947	+ 57
24	Niederrhein	1517	1219	229	1447	+ 70
25	Rürnberg	6898	6051	648	6699	+ 199
26	Stettin	4804	3799	1066	4865	+ 61
27	Beg. Unterpomm.	1416	1106	182	1258	+ 129
28	Stuttgart	6262	5434	807	6241	+ 21
29	Zwickau	7641	6073	1519	7592	+ 49
30	Einzelmitglieder	68	808	80	68	-
		264659	214281	49711	263992	+ 667

Abnahme 1422, Zunahme 755, bleibt keine Abnahme 667.
 1 Gau Karlsruhe und die Bezirke Gingen und Unterbaden. 2 Gau Rastatt, Halle und Magdeburg.

Der Deutsche Städtetag gegen das Betriebsrätegesetz bekannt geworden ist, hat der Deutsche Städtetag beim Reich und beim Reichsfinanzministerium den Antrag gestellt, die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes mit größter Eile umzuwandeln für Gemeindebetriebe und verwaltungsmäßig Kraft gesetzt werden! Damit ist der Städtetag den Spitzenverbänden der Schwerindustrie gefolgt. Ein Erfolg darf diesem Antrage beschieden sein, weil die Arbeitnehmer der Gemeindebetriebe des Entlassungsschutzes und der sonstigen Rechte aus dem Betriebsrätegesetz ganz genau so bedürfen wie die Arbeitnehmer der gewerblichen Betriebe. Die Forderung kennzeichnet aber den arbeitgeberfeindlichen Geist, der beim Deutschen Städtetag vorhanden ist.

Kollegen! Bezieht sofort für den Monat November eure Mitgliedsbeiträge. Bei Bezahlungen nach dem 1. November muß die Mitgliedsbeitragsgebühr bezahlt werden. Bezahlungen nach dem 1. November werden für den laufenden Monat von den Kollegen nicht mehr angenommen.
 Darum: Kollegen! Bezieht sofort „Die Gewerkschaft“.